

Krise – Zwischenhoch – Krise

Im Frühsommer sonnte sich die deutsche Wirtschaft noch in ihren Export- und Wachstumserfolgen. Jetzt ist allenthalben von Krise die Rede. Wochenlanger Haushaltsstreit in den USA, anhaltendes Gezerre über den Euro-Rettungsschirm und eine ausufernde Schuldenkrise in Südeuropa haben, so meldet es die Wirtschaftspresse, Investoren und Konsumenten die Kauflaune verdorben und damit die akute Gefahr einer neuerlichen Rezession heraufbeschworen. Nun drohen den deutschen Banken auch noch Schadensersatzklagen wegen Falschinformation von Finanzanlegern und der IWF mahnt die Banken, die Staatsanleihen, die sie in ihren Büchern als Guthaben ausweisen, müssten zu Marktpreisen bewertet werden. Dadurch würde ihr Eigenkapital verringert sowie die hiervon abhängigen Spielräume zur Kreditvergabe eingeschränkt. Zusätzlich drücken anhaltende Debatten über Steuern auf Finanztransaktionen und große Geldvermögen, die sogenannten Reichensteuern, auf die Stimmung Bankern, Börsianern und Vermögensbesitzern. Wenigstens Industrie- und Dienstleistungsunternehmen, die sogenannte Realwirtschaft, schien bis vor kurzem immun gegen das Hin- und Hergehieße fauler Kredite zwischen Regierungen und Finanzwirtschaft. Mittlerweile macht sich aber auch dort die Sorge breit, dass der Aufschwung, der die Rezession 2008/9 abgelöst hatte, nur ein Zwischenhoch gewesen sein könnte. Noch läuft der Absatz ganz gut aber sinkende Auftragseingänge signalisieren bereits ein Ende des Aufschwungs, der vor ein paar Monaten noch als Ausweis unternehmerischer Schaffenskraft präsentiert wurde. Mittlerweile sind Töne aus dem Unternehmerlager zu hören, die vor Beginn der Großen Krise undenkbar gewesen wäre. Ihr Problem sei nicht mangelnde Wettbewerbsfähigkeit, sondern ein absehbarer Absatzmangel.

Im Frühjahr hat die Industrie selbst noch zu positiven Absatzzahlen beigetragen. Von glänzend laufenden Exporten und, allerdings auslaufenden, Konjunkturprogrammen des Staates geblendet, wurde ordentlich Geld in neue Anlagen gesteckt. Dieser Investitionskonjunktur ging die Puste allerdings schon aus, bevor Investitionen und Kapazitätsauslastung ihr Vorkrisenniveau erreicht hatten. Investitionen um der Investition Willen halten die Wirtschaft eine Zeitlang am Laufen, früher oder später stellt sich jedoch die Frage, wer die Waren, die mit den neu installierten Anlagen hergestellt werden können, kaufen soll. Wenn es hierauf keine positive Antwort gibt, gehen auch die Investitionen wieder zurück. Genau dies ist gegenwärtig der Fall.

Der private Konsum ist während der letzten Rezession zwar nur geringfügig gesunken, seither aber kaum gestiegen. Hieran wird sich auch in der Zukunft nichts ändern. Mit der Ausweitung des Niedriglohnssektors erleiden viele Haushalte Einkommensverluste, die sich negativ auf den Konsum auswirken. Aus Angst vor

kommensverluste, die sich negativ auf den Konsum auswirken. Aus Angst vor dem Abstieg in die Niedriglohnliga oder vollständigem Verlust des Arbeitsplatzes halten sich auch viele Haushalte in den höheren Einkommensklassen mit ihren Konsumausgaben zurück. Auch vom Staathaushalt kann die Privatwirtschaft keinen steigenden Absatz erwarten. Die Rezession 2008/9 wurde noch durch staatliche Ausgabenprogramme gebremst. In Deutschland kam es sogar sehr schnell zu dem gerade zu Ende gehenden Aufschwung. Mit dem konjunkturellen Zwischenhoch waren auch steigende Steuereinnahmen verbunden, die zum Abbau der rezessionsbedingten Verschuldung von vor zwei Jahren beigetragen haben. Insofern sollte Deutschland über ausreichend finanzpolitischen Spielraum verfügen, einem weiteren Abschwung durch neue Konjunkturprogramme vorzubeugen. Die Regierungen der von Leistungsbilanzdefiziten und Fiskalkrise besonders geplagten Länder äußern denn auch gelegentlich die Erwartung, dass die Deutschen Maßnahmen zur Stabilisierung der heimischen und weltweiten Nachfrage ergreifen sollten. Da haben sie aber die Rechnung ohne den Schäuble gemacht.

Dem keynesianischen Sündenfall, der 2009 so wirkungsvoll zur Kriseneindämmung beigetragen hatte, folgte bei den ersten Anzeichen der konjunkturellen Erholung die mit Verfassungsrang ausgestattete Schuldenbremse. Diese hat sich seither als politischer Exportschlager erwiesen. Griechenland, Irland und Portugal wurde sie von IWF, EZB und EU Kommission als Gratisdreingabe zu ihrer Inanspruchnahme des Eurorettungsschirmes mitgeliefert. Frankreich hat sie eingeführt, weil Sarkozy sich den knausernden Merkel und Schäuble als verlässlicher Partner in der politischen Führungsliga der EU empfehlen wollte. Die Regierungen in Rom und Madrid haben sie in vorauseilendem Gehorsam durchs Parlament gepeitscht, bevor die Schuldenkommissare aus Brüssel, Frankfurt und Washington ihre Länder auf Griechenland-Status herabstufen.

Doch der Druck zur Haushaltskonsolidierung geht nicht nur von den Regierenden in Berlin und Paris aus, sondern auch von einer zunehmenden Zahl wild gewordener Kleinbürger, die ihren soziale Status und ihre Ersparnisse von Staatsschulden im eigenen Land und Bürgschaften für die Schulden anderer Länder bedroht sehen. In anderen Ländern sind diese Ängste bereits politisch organisiert, z. B. in Sarah Pállins Tea Party, Le Pens Front National, bei den Wahren Finnen und der Gefolgschaft Geert Wilders. In Deutschland hadert die FDP noch, ob sie einen rechtspopulistischen Ausweg aus ihrer gegenwärtigen Krise suchen soll. Die Abstiegsängste der Mittelklasse haben einen ganz realen Kern. Die Umwandlung ehemals gesicherter Normalarbeitsverhältnisse mit Tarifvertrag und Sozialversicherungsschutz in prekäre Beschäftigungsverhältnisse hat auch den Gehaltsbeziehenden Angehörigen der Mittelklasse den Blick ins soziale Nichts eröffnet. Sie sind dort noch nicht angekommen, haben das Nichts aber aus der Ferne gesehen und sind zu jeder Rücksichtslosigkeit bereit, um dort auch nie anzukommen. Dazu kommt noch die Verunsicherung durch die Finanzkrise. Während den Banken Rettungsschirme aufgespannt wurden, von denen die Regierungen in Athen, Dublin und Lissabon nur träumen können, werden die Ersparnisse der Mit-

telklasse sowie auch den oberen Schichten der Arbeiterklasse von sinkenden Börsenkursen abgeschmolzen. Dass das Finanzamt unter diesen Bedingungen noch als zusätzliche Bedrohung gesehen wird, ist gerade noch verständlich. Obwohl Steuererhöhungen für höhere Einkommen und größere Vermögen die einzig reale Chance zum Abbau der als bedrohlich empfundenen Staatsverschuldung darstellen. Völlig unreal wird es freilich, wenn aus Angst vor Status- und Ersparnisverlust eine rigide Sparpolitik gefordert wird, die mit Sicherheit Krisen verschärfend wirken wird. Als Folge der haushaltspolitischen Vollbremsung, die Papandreou von Merkel & Co verordnet wurde, ist Griechenland seit 2008 immer tiefer in die Rezession geschliddert. Die mit Regierungsverantwortung ausgestatteten Zauberlehrlinge werden die Spargeister, die sie gerufen haben, nicht mehr los. Einerseits verfolgen sie ihre Sparpolitik aus eigener Überzeugung, andererseits verstehen sie, dass sie den Bogen nicht überspannen dürfen, wenn die Wirtschaft nicht völlig abschmieren und ihrer politischen Kontrolle entgleiten soll. Der Spielraum im Bedarfsfalle auch mal gegen die eigene Überzeugung Konjunkturprogramme aufzulegen wird ihnen politisch immer mehr durch Pallin & Co beschnitten. Und darunter leiden dann auch die Absatzspielräume des privaten Unternehmertums.

Bleibt als einzige Hoffnung der Export. Den haben die Deutschen sowieso am liebsten, weil sie sich angesichts steigender Ausfuhren klassenübergreifend als fleißig und sparsam darstellen können. Besser noch: Die Finanzierung dieser Ausfuhren bleibt den Käufern in den Importländern überlassen. Neben staatlichen Konjunkturprogrammen waren es denn auch die Exporte, die Deutschland so schnell aus der Rezession geholfen haben. Allerdings haben sich die Finanzierungsprobleme bei vielen Importeuren mittlerweile zu einer veritablen Schuldenkrise ausgewachsen. Wie bereits geschildert, soll diese, sofern es sich um Mitglieder der Eurozone handelt, durch den Export des deutschen Modells Schuldenbremse überwunden werden. Der Export von Waren in die Eurozone wird hierunter natürlich leiden. In den USA, deren Leistungsbilanzdefizit seit der Rezession 2008/9 bereits wieder erheblich angestiegen ist, wächst der Druck, der heimischen Wirtschaft Luft zu verschaffen. Ohne dies offen auszusprechen, versucht die amerikanische Geldpolitik, bislang ohne Erfolg, den Kurs des Dollar zu drücken und Importe in die USA dadurch zu verteuern. Zudem sitzt der US-Regierung die Tea Party im Nacken. Deutsche Exporteure sollten nicht darauf setzen, dass amerikanische Konjunkturprogramme die Weltkonjunktur befeuern würden.

Als allerletzte Hoffnung bleibt China. Durch den Export von Investitionsgütern und Luxuskarossen für statusbewusste Neureiche haben deutsche Unternehmen am Chinaboom in den letzten Jahren nicht nur kräftig mitverdient, sondern diesen durch den Aufbau neuer Produktionsstätten auch kräftig vorangetrieben. Dadurch sind Chinas neue Kapitalisten vor ein Problem gestellt worden, das ihren alten Klassengeschwistern im Westen nur allzu geläufig ist: Der Frage nämlich, wie die schönen neuen Anlagen auszulasten sind. Zugegeben, mit knapp zehn Prozent Wachstum ist China von einer Rezession weit entfernt. Daraus folgt aber

nicht, dass China zum Motor der Weltwirtschaft wird. Obwohl die chinesische Regierung während der Weltwirtschaftskrise vor drei Jahren selbst riesige Konjunkturprogramme aufgelegt hat, ist der Anteil der Exporte an der gesamten in China erbrachten Wirtschaftsleistung seither noch gestiegen. So plagen sich Wirtschaftslenker und Regierungschefs von Beijing über die Hauptstädte Europas bis nach Washington mit dem Problem, dass die inländische Nachfrage nicht ausreicht, um die Wirtschaft am Laufen zu halten; das Ausland, auf das man seine Absatzhoffnungen lenkt, aber in der gleichen Klemme steckt. Die Überproduktion ist global. Einige Länder sind seit 2009 nicht aus der Rezession herausgekommen, andere haben vor sich hin stagniert und einige haben, im Wesentlichen zu Lasten anderer Länder, ein konjunkturelles Zwischenhoch erlebt. Auch diesen steht nun eine weitere Krise bevor.

Oktober 2011